

Auf dem Weg zu einer EU im Kleinformat

Gestern feierten Politiker das 50-jährige Bestehen der Internationalen Bodenseekonferenz. Bald soll es eine zwischenstaatliche Regierungskommission geben, und der Vorarlberger Vertreter möchte lieber eine integrierte Region anstelle von starken Nationalstaaten.

Reto Zanettin

HUNDWIL. Als Gremium für Schönwetterpolitik wurde die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) einmal bezeichnet. Themen mit Sprengkraft würden also gemieden. Dabei ging es vor einem halben Jahrhundert durchaus um Relevantes: die Wasserqualität des Bodensees. Heute kümmert sich die IBK neben Umwelt und Natur auch um Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Wirtschaft und Tourismus. Gestern feierten die Regierungsvertreter das 50-Jahr-Jubiläum der Bodenseekonferenz. Sie kamen unter anderem aus Appenzell Auser rhoden, Baden-Württemberg, Liechtenstein, Schaffhausen und Vorarlberg. Treffpunkt war der Säntis. Als Gast begrüsst wurde Bundespräsident Ignazio Cassis, der zugleich dem Schweizer Aussendepartement vorsteht.

Cassis' Ankündigung

Er, der im Tessin nahe an der Grenze zu Italien aufwuchs, wisse um die Bedeutung der Grenzregionen, sagte Cassis. Mit Freude kündigte er ein allererstes Treffen der Regierungskommission Bodensee für den kommenden Mai an. Dieses Gremium ist neu. Die Regierungen von Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz sollen sich darin treffen. Auf zwischenstaatlicher Ebene würde dann jenes diskutiert, das es unter Nachbarländern zu klären gibt, aber nicht durch die IBK gelöst werden könne. Neben hohen Beamten aus den Aussenministerien sollen auch Vertreter der Regionen dabei sein. Für den Kanton Schaffhausen wird der für die Aussenbeziehungen zuständige Regierungsrat Patrick Strasser teilnehmen.

Dieser sieht in der IBK «auch 50 Jahre nach ihrer Gründung nach wie vor die wichtigste und wertvollste Institution für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Vernetzung im Bodenseeraum». Wolkige Worte fand gestern auch Alfred Stricker, der stellvertretende Landammann von Appenzell Auser rhoden. Der Kanton präsidiert die Bodenseekonferenz in diesem Jahr. Stricker fand: «Wir können viel, wir wollen viel, aber es geht noch mehr. Daran arbeiten wir, das sind wir unseren Mitgliedsstaaten, den Menschen und allem, was lebt, in diesem starken, wirtschaftskräftigen und prosperierenden Boden-



Bundespräsident Ignazio Cassis spricht zum 50-Jahr-Jubiläum der Internationalen Bodenseekonferenz.

BILD KEY

seeraum schuldig.» Das Motto für 2022 lautet «begegnen und vernetzen». Um es greifbarer zu machen, wird zwischen Mai und Ende Juli ein Schiffscontainer mit kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten der einzelnen IBK-Mitglieder durchs Land transportiert.

Auf grosser Flughöhe erzählte Stricker weiter von nachbarschaftlichen Beziehungen, die man eingegangen sei respektive habe eingehen müssen: «Wir konnten dem gar nicht ausweichen.» Aber man sei in der Lage, über Grenzen hinweg seine Eigenständigkeit zu bewahren und Kraft zu schöpfen für die gemeinsame Entwicklung.

Angriff auf den Nationalstaat

Mit deutlich weniger Pathos trat der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner ans Rednerpult im Panoramarestaurant auf 2502 Metern über Meer –

und startete einen verbalen Angriff auf die Nationalstaaten des Kontinents. «Die Bildung der Regierungskommission hat für uns Bedeutung, weil wir als IBK in der Lage sein werden, noch stärker unsere Interessen zu bündeln – aber auch unsere Interessen gegenüber den Nationalstaaten klarer zu formulieren und auch etwas einzufordern.» Die Integration – also das Zusammenwachsen und Verschmelzen – der Bodenseeregion hält Wallner für wichtig. Seine Haltung deckt sich mit dem Programm seiner Partei, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Diese beschreibt die Europäische Union als «eine der grössten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts» und fordert einen neuen Vertrag für Europa, «der dem Grundprinzip der Subsidiarität Rechnung trägt».

Der Vorarlberger Landeshauptmann erinnerte sodann an die Idee eines

Europas starker Regionen. «Wir waren nie unbedingt Anhänger starker Nationalstaaten. Wir waren eher der Meinung, dass diese Dinge überwunden werden müssen – dass wir die Regionen, die integriert miteinander zusammenarbeiten, wesentlich stärker in Europa einbringen müssen.»

Der intensive Austausch über Landesgrenzen hinweg und Tausende von Arbeitnehmern, die täglich über die Grenze pendeln, lassen für Wallner nur einen Schluss zu: «Die Grenzen waren lange im Kopf vorhanden, sie sollen auch dort endlich weg.»

Problemzone Verkehr

Für Baden-Württemberg besuchte Verkehrsminister Winfried Hermann das Appenzellerland. Die Bodenseeregion betitelt er als Kraftpaket in Europa, was Technologie, Wirtschaft und Tourismus angeht. «Verkehrlich ist sie vielleicht noch eher eine Problemzone.» Beispiele dafür finden sich leicht: Die Fernverkehrsverbindung von Zürich über Schaffhausen und Singen nach Stuttgart bereitet seit Jahren Sorgen. Und mancherorts in Baden-Württemberg verkehren noch immer Dieselszüge. «Wir haben am Bodensee erhebliche Verkehrsprobleme. Und wir müssen in den nächsten Jahren zwingend diese Probleme so angehen, dass wir zu nachhaltiger Mobilität kommen», sagt Hermann. Er stellt sich eine Bahn rund um den Bodensee vor, die durchgehend elektrifiziert ist. «Daran arbeiten wir.» Tarifsysteme sollen zudem so angeglichen werden, dass Fahrten über die Landesgrenzen hinweg problemlos möglich werden. Mit Blick auf die Umwelt wünscht sich der Grünen-Politiker einen klimaneutralen Bodenseeraum bis 2035. Das müsse zu schaffen sein, wenn die Region als Modell für Europa gelten wolle.

Weil Mobilitätsprobleme nur von allen gemeinsam gelöst werden könnten, schlägt Hermann eine Zusammenkunft von Politikern, Wissenschaftlern, Unternehmen und der Zivilgesellschaft vor. «Eine Firma, die 10 000 Pendlern hat, muss sich auch überlegen, wie sie das klimaneutral hinbekommt.» Andere Firmen könnten mit Zukunftstechnologien einen Beitrag zu nachhaltiger Mobilität leisten. Die IBK sei ein Forum, in dem man eine solche gesamtgesellschaftliche Initiative anstossen könne.

«Verkehrlich ist sie vielleicht noch eher eine Problemzone.»

Winfried Hermann
Verkehrsminister von
Baden-Württemberg